

Verkehrswege in desolatem Zustand

MARODE INFRASTRUKTUR GEFÄHRDET WIRTSCHAFT

Die Verkehrsinfrastruktur in Hessen ist in einem desolaten Zustand. „Der Sanierungsbedarf bei den Brücken beträgt eine Milliarde Euro. Bei den Straßen in Hessen gibt es einen Sanierungsstau von insgesamt vier Milliarden Euro. Bei den überregionalen Schienenausbauprojekten fehlen sechs Milliarden Euro“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Frankenberger in einer von der SPD-Fraktion beantragten Landtagsdebatte.

Knapp die Hälfte der Landes- und Kommunalstraßen, nämlich 47 Prozent, seien in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Der VCI, Wirtschaftsverbände, Logistiker, Gewerkschaften, Automobilverbände und -clubs warnten seit mehreren Jahren vor einem zuneh-

menden Werteverzehr bei der verkehrlichen Infrastruktur.

„Die SPD-Fraktion hat für den Haushalt 2015 20 Millionen Euro mehr für den Landesstraßenbau gefordert, um hier den erheblichen Nachholbedarf wenigstens ansatzweise zu minimieren. Diese Forderung hat die Landesregierung abgelehnt. Mit der Ausweitung der LKW-Maut haben wir einen soliden Finanzierungsvorschlag zur Finanzierung der verkehrlichen Infrastruktur gemacht – so könnten bis zu neun Milliarden Euro mobilisiert werden – ein erheblicher Teil davon käme Hessen zugute“, so Frankenberger.

„Der ÖPNV, der vor allem von den Grünen vor ihrer Regierungsbeteiligung immer in den Vordergrund gerückt wurde, erfährt von dieser



Foto: Martina Häuß-David

UWE FRANKENBERGER KRITISIERT DEN ZUSTAND HESSISCHER VERKEHRSSWEGE

Landesregierung keine besondere Beachtung. Es wird das fortgesetzt, was Schwarz-Gelb angefangen hat: Verwalten statt gestalten.“ Im Wahlprogramm hätten Bündnis 90/Die Grünen eigene Landesmittel für den ÖPNV gefordert. „Im Koalitionsvertrag wurde daraus ein Prüfauftrag, ob der Unterfinanzierung des ÖPNV mit einer Kofinanzierung des Landes entgegenwirken kann. Hier stellt sich die Frage, wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist.“



Foto: Martina Häuß-David

IM VORFELD DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGS AM 8. MÄRZ FAND DER TRADITIONELLE EMPFANG DER LANDTAGSFRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG STATT. DIE DGB-LANDESVORSITZENDE GABRIELE KAILING (2. V. R.) FORDERTE EIN ENTGELTGLEICHHEITSGESETZ UND EINE BESSERE BEZAHLUNG IN DEN TYPISCHEN FRAUENBERUFEN, DAMIT FRAUEN BESSER IM BERUFSLEBEN VORANKOMMEN. DIE FRAUENPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-FRAKTION LISA GNADL (1. V. R.), ERNEUERTE DIE FORDERUNG NACH EINEM WIRKSAMEN HESSISCHEN GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ. DIE SPD HABE DAZU EINEN ENTWURF VORGELEGT. DAS GELTENDE GESETZ WIRKE NICHT, WIE DIE MANGELHAFT REPRÄSENTANZ VON FRAUEN IN DEN FÜHRUNGSFUNKTIONEN IN DER LANDESVERWALTUNG ZEIGE.

AUSBILDUNGSPAKT BLEIBT UNZUREICHEND

Das neue Bündnis für Ausbildung sieht die SPD als nicht ausreichend an. „Es ist zu begrüßen, dass der DGB einbezogen wurde, aber die wenigen konkrete Ziele bleiben hinter den Erwartungen zurück“, sagte die SPD-Abgeordnete Lisa Gnadl. Viele Probleme würden nicht tatkräftig angepackt. „Wir verzeichnen einen dramatischen Rückgang bei den dualen Ausbildungsverträgen. Da sind die vom Bündnis vereinbarten zusätzlichen Ausbildungsplätze eher ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Untersuchungsausschuss

SPD VERLANGT UNGESCHWÄRZTE NSU-AKTEN

Neue Hinweise zum Kasseler Mord an Halit Yozgat durch die Rechtsterroristen des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erfordern aus Sicht der SPD umfassende und vollständige Aufklärung. „Es steht nicht nur im Raum, dass der hessische Verfassungsschutz die polizeilichen Ermittlungen behindert haben könnte. Es gibt nun auch Gründe zur Annahme, dass hessische Beamte vor dem Mordanschlag von einer geplanten Straftat Kenntnis gehabt haben könnten. Das wäre ein unvorstellbarer Skandal“, sagte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Nancy Faeser in der Aktuellen



NANCY FAESER

Stunde. Faeser verwies darauf, dass jetzt auch bekannt geworden sei, dass sich der damalige Innenminister Volker Bouffier 2006 in das laufende Disziplinarverfahren gegen den Verfassungsschützer Andreas Temme persönlich nicht nur eingemischt, sondern darauf



DER HALITPLATZ ERINNERT IN KASSEL AN DAS OPFER DER NSU-MORDSERIE, DIE IMMER NOCH VIELE OFFENE FRAGEN AUFWIRFT

hin gewirkt habe, dass der Verfassungsschützer weiter seine Bezüge behält. „Ich fordere die Landesregierung jetzt auf, endlich die von uns angeforderten Akten vollständig, zeitnah und ungeschwärzt an den hessischen Untersuchungsausschuss auszuhändigen“, so Faeser.

SUEDLINK-TRASSE ÜBERARBEITEN

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Timon Gremmels hat die Entscheidung der Bundesnetzagentur, nach der



TIMON GREMMELS

Tennet seine Pläne für die geplante SuedLink-Trasse quer durch Hessen grundlegend überarbeiten muss, als „konsequent und folgerichtig“ bezeichnet. Gremmels sagte: „Wir schließen uns der Forderung der 20 Landkreise entlang der geplanten Trasse an, die den Einsatz von längeren Erdkabelabschnitten gefordert haben.“ Gremmels appellierte an die Landesregierung verbindliche Abstände zur Wohnbebauung festzuschreiben.

15 JAHRE UNTÄTIGKEIT

In der Debatte zur Salzabwasserproblematik aufgrund der Kaliproduktion in Osthessen hat der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Timon Gremmels bekräftigt, dass über die Frage, ob die bis November befristete Versenkerlaubnis widerrufen werde, allein das Regierungspräsidium Kassel auf fachlich-wissenschaftlicher Grundlage entscheiden müsse. „Druck – egal von welcher Seite – darf nicht aufgebaut werden“, sagte der SPD-Umweltpolitiker. Einerseits gelte es tausende von Arbeitsplätzen in Osthessen zu erhalten. Andererseits müssten die berechtigten Interessen nach



sauberen Flüssen und der Schutz unseres Grund- und Trinkwassers berücksichtigt werden.

Gremmels kritisierte die Untätigkeit der CDU-Umweltminister der vergangenen 15 Jahre.

In Hinblick auf den sogenannten „Vier-Phasen-Plan“ sagte Gremmels: „Bisher kennen wir nur ein vierseitiges Eckpunktepapier das die Landesregierung mit K+S ausverhandelt hat. Das lässt viele Fragen offen.“ Gremmels fordert sowohl die Landesregierung als auch K+S auf, bei der Frage der Salzabwasserentsorgung deutlich mehr Transparenz als bisher zu gewährleisten, nur so könne Akzeptanz entstehen.



Grafik: Fraport AG

SCHAUSPIEL UM TERMINAL 3 ENDLICH BEENDEN

Die Vorstellung von Gutachten zum Bau des Terminal 3 am Frankfurter Flughafen durch Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) in einer Ausschusssitzung hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel als erneutes Ablenkungsmanöver bezeichnet. „Der Verkehrsminister hat vor der Wahl verkündete, dass es Terminal 3 mit ihm nicht geben werde. Jetzt versucht er, mit Bekenntnissen, Prüfungen und Gutachten abwägendes Regierungshandeln vorzutäuschen, das von der Rechtslage längst überholt ist. Mit seiner heutigen Vorstellung weckt er erneut Hoffnungen bei den Menschen in der Region, die er nicht einhalten kann.“ „Ich erwarte jetzt, dass Schwarz-Grün diese Provinzposse um das



Terminal 3 endlich beendet. Es geht hier um einen Flughafen mit globaler Bedeutung, der einer der größten Arbeitgeber der Region ist“, sagte Schäfer-Gümbel. „Die Rechtslage ist heute die gleiche, wie vor der Landtagswahl. Der Unterschied ist nur, dass Minister Al-Wazir vor der Landtagswahl etwas anderes versprochen hat, als er jetzt macht.“ Er wies darauf hin, dass es eine politische Aufforderung zu einem Moratorium, wie es die SPD vorgeschlagen hatte, von Schwarz-Grün nie gegeben habe. „Der richtige Zeitpunkt ist aber längst vorbei. Das Terminal 3 wird ab Sommer gebaut. Nach einer politischen Schonfrist wird die Fraport AG dies verkünden. Das ist alles ein Schauspiel, sonst nichts.“

INITIATIVE FÜR BLEIBERECHT

Als „einen kleinen, für die Betroffenen freilich durchaus bedeutsamen Fortschritt“ hat der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz die Initiative der Ministerpräsidenten von Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zum Bleiberecht für jugendliche Flüchtlinge für die Dauer der beruflichen Ausbildung bezeichnet. „Wir erwarten, dass Hessen gemeinsam mit den beiden anderen Ländern eine entsprechende gesetzliche Initiative in den Bundesrat einbringt. Ministerpräsident Bouffier ist gefordert, sich gegen die sehr rasche und brüske Ablehnung des Vorschlags durch Bundesinnenminister de Maizière (CDU) durchzusetzen. Bei der SPD rennt man da offene Türen ein, die Bundestagsfraktion hat deutlich gemacht, dass sie jugendlichen Geduldeten und Asylsuchenden den Aufenthalt bis zum Abschluss der Ausbildung und für eine anschließende Arbeitssuche gewähren will.“



GERHARD MERZ

DATEN ALS WARE SIND HERAUSFORDERUNG FÜR DATENSCHUTZ

Bei der Beratung des 42. Datenschutzberichtes hat die SPD-Abgeordnete Heike Hofmann auf die wachsenden Herausforderungen des Datenschutzes in der Informationsgesellschaft hingewiesen: „Daten werden heute zunehmend als Ware betrachtet. Dabei muss die Kommerzialisierung der informellen Selbstbestimmung in ihre Schranken verwiesen werden.“

Auch die skandalösen Abhöraktivitäten ausländischer Nachrichtendienste belegen die Notwendigkeit eines zeitgemäßen Datenschutzes auf internationaler, nationaler und europäischer Ebene.“ Hofmann dankte für die engagier-



HEIKE HOFMANN

te Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten Prof. Ronellenfitsch und die vielen Hinweise, die er der Landesregierung und der Öffentlichkeit gegeben habe. „Zu Recht beleuchtet der Bericht den Zugriff auf Daten in hessischen Krankenhäusern.“ Auch die Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Bereiche durch Private sei ein zunehmendes Problem.

AN KINDERGESUNDHEIT NICHT SPAREN



DANIELA SOMMER

In der Plenardebatte zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen hat die SPD-Abgeordnete Dr. Daniela Sommer darauf hingewiesen, dass die jeweilige soziale Lage maßgeblich die Gesundheit und das Wohlbefinden der jungen Bevölkerungsgruppe beeinflusse.

„Der Kinder- und Jugendsurvey zeigt, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund eher gefährdet sind, krank aufzuwachsen oder krank zu werden“, so Sommer. Sie forderte die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes, um Präventions- und Interventionsformen zu vernetzen.

Die Landesregierung könne sich mit dem Hinweis auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Gesundheit nicht aus ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung stellen, die Rahmenbedingungen für eine gute Gesundheit von allen Kindern und Jugendlichen bestmöglich zu gestalten und vorhandene Strukturen zu optimieren.

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Katja Apelt
 Gerfried Zluga
 Davia Merbach
 Martina Häusl-David

HOCHSCHULPAKT 2020 KÖNNTE BESSER SEIN

Den von Wissenschaftsminister Boris Rhein vorgelegten neuen Hochschulpakt sieht der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gernot Grumbach als Verbesserung aber nicht als die beste mögliche Lösung. „Der neue Hochschulpakt 2020 ist besser als alle Vorgänger, aber



GERNOT GRUMBACH

noch nicht das Non-Plus-Ultra, das die Landesregierung darin sieht.“ Positiv bewertete er, dass die Landesregierung von ihrer alten Strategie der „Erpressung“ abgerückt und in Verhandlungen auf Augenhöhe mit den Hochschulen eingetreten sei. Ohne diese Grundvoraussetzung wäre es sicher nicht zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen. Im Unterschied zu den Vorjahren gebe es jetzt auch etwas zu verteilen, was es der Landesregierung einfacher gemacht

habe. Der eingeschlagene Weg sei richtig, aber noch nicht ausreichend. Es müsse sichergestellt werden, dass auch ein weiterer Anstieg der Studierendenzahlen finanziert werde. Grumbach lobte, dass von der bisherigen Finanzierung abgewichen werde, kritisierte aber, dass die Finanzierung

noch Steuerungsillusionen enthalte. Der Pakt versuche, die Zahl der Studienabbrecher über Finanzanreize zu senken. Ob dies funktioniere, sei bisher nicht signifikant belegt. Im Gegenteil: Die leistungsfördernde Wirkung von Formelmodellen werde eher skeptisch bewertet. Darüber hinaus bedürfe es weiterhin einer besseren Verzahnung von Forschung und Lehre, eines besseren Wissenstransfers und neuen Impulsen beim Zweitstudium.

MEHR TRANSPARENZ FÜR VERBRAUCHER

Bessere Informationen über Inhaltsstoffe in Lebensmitteln sieht die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Angelika Löber aufgrund der neuen EU-Lebensmittelinformationsverordnung. „Sie dient besonders dem Gesundheitsschutz vieler Menschen, die an Allergien und Unverträglichkeiten leiden.“

Noch besser wäre es, durch eine einfache Grafik die Verbraucher auf den ersten Blick darüber zu informieren, ob die Menge an Fett, Zucker oder Salz viel oder wenig sei, zum Beispiel durch eine Ampelkennzeichnung. Löber rief

dazu auf, dass Deutschland von der Möglichkeit Gebrauch mache, eine solche Infografik einzuführen.



ANGELIKA LÖBER

Aufgrund der Risiken so genannter Energy-Drinks für Jugendliche forderte Löber, eine umfassende Kennzeichnung der Inhalte, auffällige Warn-

hinweisen auf den Produktverpackungen und ein Verkaufsverbot an Kinder und Jugendliche. „Der Verzehr dieser Produkte kann zu schweren gesundheitlichen Problemen führen.“